

Vabanquespiel um geplante Strasse Uster West Seite 18

Häufige Überforderung in häuslicher Betagtenpflege Seite 18

Angestellter der Stadt Zürich wegen Korruption vor Gericht Seite 19

Hannes Loeschels Band Exit Eden am Festival Taktlos 2013 Seite 21

Iraner stoppen Zürcher Schauspielerinnen

Das Kulturministerium in Teheran verhindert Dreharbeiten für einen Spielfilm mit Schweizer Beteiligung

Ein Projekt des renommierten iranischen Regisseurs Mehdi Naderi mit zwei Zürcher Schauspielerinnen in den Hauptrollen scheitert am Veto aus Teheran. Für die Darstellerinnen endet das Abenteuer ernüchternd.

Andreas Schmid

Für die Schauspielerinnen Jacqueline Fritschi-Cornaz aus Oberrieden und Eleanor Buechler aus Zürich hätte es eine aussergewöhnliche Erfahrung werden sollen. Der iranische Regisseur

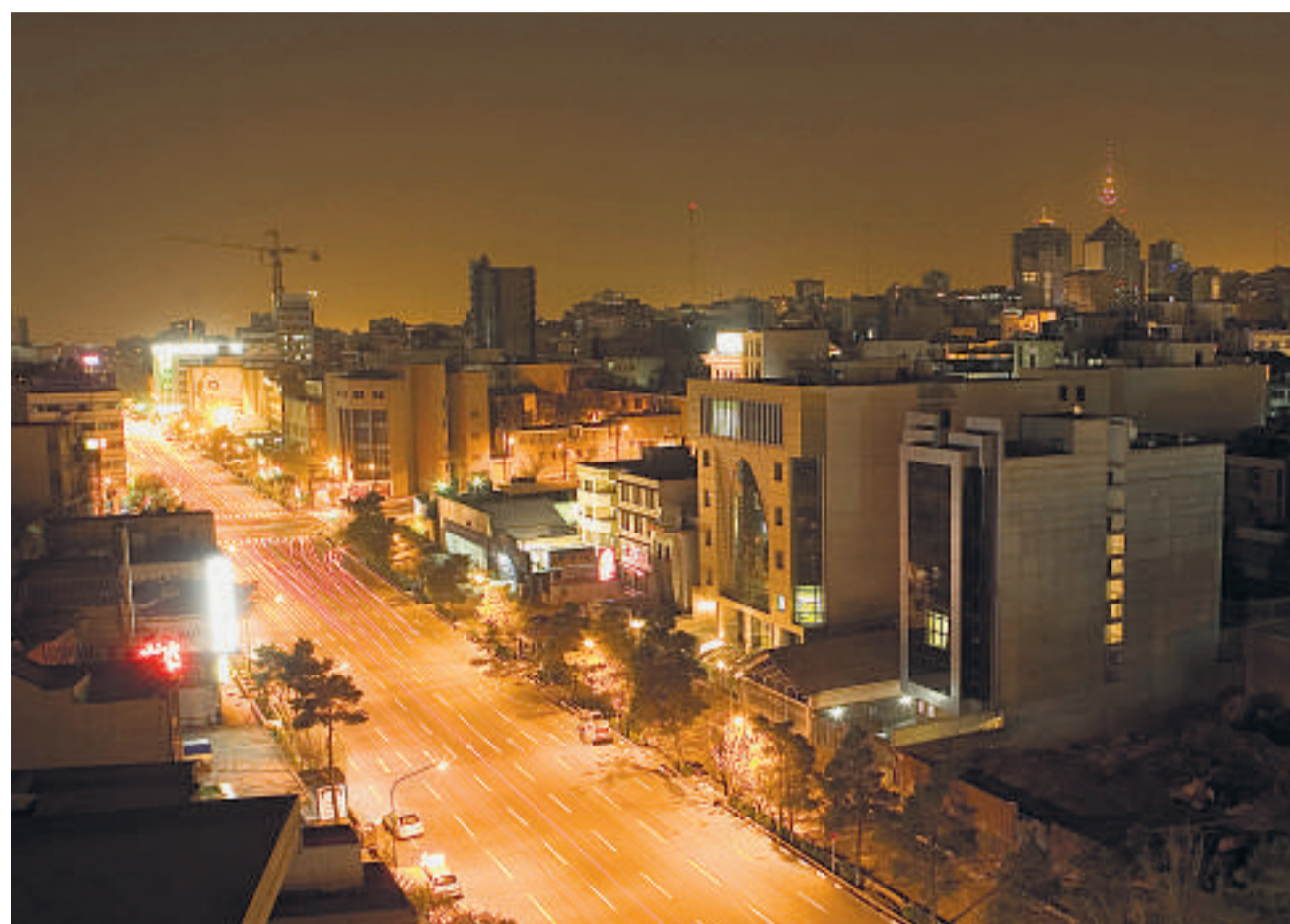


Mehdi Naderi Regisseur

Mehdi Naderi, der mit einer Schweizerin verheiratet und Mitglied des Verbands Filmregie und Drehbuch Schweiz ist, wollte mit Fritschi-Cornaz und Buechler in Teheran eine Geschichte über zwei Touristinnen realisieren. Gemäss Drehbuch von «Welcome to Teheran» reist eine Mutter mit ihrer Tochter nach Iran. Aufgrund der Sanktionen können die zwei Frauen im Land aber kein Bargeld abheben und müssen sich mithilfe der Bevölkerung durchschlagen. Sie erhalten Einblick in die fremde Kultur und die Probleme der Menschen, die stark unter den westlichen Boykottmassnahmen leiden. In dieser Konstellation entstehen Freundschaften, und die Mutter-Tochter-Beziehung verändert sich tiefgreifend.

Nicht willkommen in Teheran

Der Regisseur Naderi – er war mit seinem 2011 fertiggestellten Film «Farewell Baghdad» für den Oscar nominiert – plante, im Mai und Juni sieben Wochen mit Fritschi-Cornaz und Buechler in Teheran zu drehen. Kurz vor den iranischen Präsidenten- und Parlamentswahlen von diesem Freitag hätten die Dreharbeiten abgeschlossen



Teheran wirkt geheimnisumwittert – die Behördenentscheide auch.

MORTEZA NIKOUBAZL / REUTERS

sein sollen. Nach vierjährigen Vorbereitungsarbeiten schienen Finanzierung und Bewilligungen geregelt, die iranische Botschaft in Bern hatte den zwei Schweizer Darstellerinnen die Ausstellung von Geschäftsvisa zugesichert. Doch das Kulturministerium in Teheran stoppte das Projekt kurz vor der Abreise von Fritschi-Cornaz und Buechler. Die Verantwortlichen der Behörde verlangten von Naderi, dass er in der Rolle der Touristinnen anstelle der ausländischen Schauspielerinnen Iranerinnen einsetze.

Der Regisseur beugte sich dieser Forderung nicht und wollte an seiner Besetzung festhalten. Nicht ersichtlich ist für die Düpierten, ob höhere Stellen und die bevorstehenden Wahlen die Intervention des Kulturministeriums ausgelöst haben. Trotz Vermittlungsversuchen der iranischen Botschaft in Bern ergab sich keine Lösung.

Das führte dazu, dass nun die von Mehdi Naderi ausgewählte Produktionsgesellschaft unter neuer Regie und mit zwei Iranerinnen in den Hauptrollen die Geschichte realisiert. Zur grossen Enttäuschung und Verbitterung des Regisseurs und der ausgebooteten Darstellerinnen. Sie und ihre Kollegin hätten alle Anfragen für diese Zeit ab-

gesagt und Aufträge zurückgestellt, sagt Fritschi-Cornaz. «Zudem hatten wir die Rollen vorbereitet.» Neben diesen Ärgernissen trauert sie vor allem der entgangenen schauspielerischen Herausforderung und der speziellen Gelegenheit nach, auf diese Weise eine fremde Kultur kennenzulernen.

Erfolglos gegen Klischees

Der Film beabsichtigte, zu zeigen, wie die iranische Bevölkerung unverschuldet unter den westlichen Sanktionen leidet und wie sie – entgegen vielen Klischees – offen auf Besucher zugeht. Das von den iranischen Behörden verhinderte Projekt bestätigt nun paradoxerweise genau das Bild des undemokratischen und verschlossenen Landes. Der Regisseur Naderi will nun ein neues Projekt mit den beiden Schweizerinnen auf die Beine stellen.



Jacqueline Fritschi-Cornaz



Eleanor Buechler Schauspielerinnen

Wenn es um Geld geht, schliessen sich die bürgerlichen Reihen

Die SP findet für ihre finanzpolitischen Anliegen beim Volk eher Gehör als im Kantonsrat

Die Halbzeitbilanz der SP in der laufenden Legislatur kommt «verhalten positiv» daher. Namentlich in der Finanzpolitik hat sie es im Kantonsrat schwer.

Die Zürcher SP und ihre Kantonsratsfraktion haben am Mittwoch Bilanz zur Legislaturhalbjahr gezogen. Interessiert hat das die Medien sehr mässig, nimmt man die Zahl der im Parteisekretariat präsenten Journalisten zum Massstab. Dabei gab es durchaus Bemerkenswertes zu hören, etwa wenn sich die SP schon im Voraus darüber freut, dass der seit Jahren angestrebte Sollbestand der Kantonspolizei 2015 erreicht werden dürfte. Sicherheitsdirektor ist seit 2011 SP-Mann Mario Fehr.

Mehr gewonnen als verloren

Selbsteinschätzungen politischer Parteien werden in den Redaktionen heute offenbar reflexartig als PR- und Marketing-Anlässe eingestuft. Im Fall der SP kann diesbezüglich bis zu einem gewissen Grad Entwarnung gegeben werden.

«Verhalten positiv» lautet das Fazit, das sie aus ihrer Selbstbespiegelung zieht. Die erste Hälfte der Legislatur 2011 bis 2015 sei nicht die Legislatur der grossen Geschäfte gewesen, sagte Fraktionspräsident Raphael Golta. Intensiv habe sich der Rat aber mit Fragen der Oberaufsicht beschäftigt – mit der Debatte um den PUK-Bericht zur BVK-Affäre als Höhepunkt. Die SP sei dabei für eine Stärkung der Oberaufsicht eingetreten. Als erfreulich bezeichnete Golta die Zwischenerfolge der eigenen Volksinitiativen «Für mehr bezahlbaren Wohnraum», «Zürisee für alli» und «Strom für morn» im Rat. Allen wurden Gegenvorschläge gegenübergestellt. Das beweise, dass die SP Anliegen aufgreife, die bis weit in die politische Mitte mitgetragen würden.

In den Volksabstimmungen der letzten zwei Jahre zählt Parteipräsident Daniel Frei die SP mehrheitlich zu den Gewinnern, insbesondere bei finanz- und wirtschaftspolitischen Vorlagen. Das stimmt zweifellos bei den auch in bürgerlichen Kreisen nicht unumstrittenen Versuchen, die Grundstückgewinn- und die Vermögenssteuer zu senken. Dass die weniger als 40 Prozent Ja-Stim-

men zum SP-Vorschlag «Tiefere Steuern für Familien» und zur «Bonzensteuer»-Initiative der Jusos als «Achtungserfolge», so Frei, zu werten sind, kann auch bestritten werden.

Gegen «stramme Allianz»

Als wesentlich schwieriger beurteilt die SP die finanzpolitische Situation im Kantonsrat. Mit ihren Anliegen laufe die Fraktion bei einer «strammen rechtsbürgerlichen Allianz» aus SVP, GLP, FDP, BDP und CVP regelmässig auf. Deren Übergewicht in der Finanzkommission verstärkte diese Tendenz zusätzlich, meinte die Vizepräsidentin der Fraktion, Rosmarie Joss. Nur gelegentlich lasse sich die Front aufbrechen, um unsinnige Sparanträge abzuwenden. Immerhin rechnet sich die SP die gewonnenen Abstimmungen über die Behandlung der Einnahmehinlage in die BVK-Pensionskasse im mittelfristigen Haushaltsausgleich als Erfolg an. Mit einem breiten Bündnis habe man die von SVP und GLP gewünschte Rosskur verhindern können.

Sanierungsprogramme sind dem Kanton Zürich dank stabiler wirtschaft-

licher Lage bekanntlich erspart geblieben. Die finanzielle Situation des Kantons präsentiere sich aber geschönt, weil der grosse Berg hinausgeschobener Investitionen ausgeblendet werde, sagte Joss. Dem pflichtete Markus Späth, Vizepräsident der Fraktion, aus bildungspolitischer Sicht bei. Bei der lange geforderten Reform des Stipendienwesens sei man gut unterwegs und es sei gelungen, im Berufsauftrag der Lehrerinnen und Lehrer dem Unterricht das nötige Gewicht zu geben, sagte Späth. Weniger Erfolg habe man aber beim dritten grossen Legislaturziel, dem Abbau des rasant wachsenden Investitionsrückstands, gehabt. Wegen des gravierenden Versagens des kantonalen Immobilienmanagements könne man auch bewilligte Investitionen oft nicht realisieren. Hier will die SP Dampf machen.

Hoffnung setzt die SP auf die zweite Hälfte der Legislatur. Sie werde für die Erfolgsbilanz entscheidend sein, meint Fraktionspräsident Golta. Im Zentrum steht dabei die Umsetzung der erwähnten Volksinitiativen. Zu den wichtigsten anstehenden Ratsgeschäften zählt Golta die ZKB-Vorlagen, die Richtplanrevision und das Gemeindegesetz.

Ein Auftritt, viele Eindrücke

ZKB vor Bundesparlamentariern

Vertreter der Zürcher Kantonalbank haben sich Zürichs National- und Ständeräten präsentiert. Diese sehen sich in ihren Positionen gestärkt – egal in welcher.

rsr. · «Nach Bern bestellt worden» seien die Verantwortlichen der Zürcher Kantonalbank, erklärt SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Die 36 Bundesparlamentarier aus dem Kanton Zürich sollten direkt von der Führung der Staatsbank über deren Einschätzung des Steuerstreits mit den USA und der entsprechenden Gesetzgebung, über die dieser Tage in Bern debattiert wird, orientiert werden. Das Treffen vom Dienstag wurde rege besucht, am Mittwoch haben sich Nationalräte dazu geäussert. Sie scheinen Unterschiedliches gehört zu haben.

Ja und Nein zum Gesetz

Badran selbst sieht sich etwa durch die Ausführungen des dreiköpfigen Präsidiums, des CEO und des Leiters Private Banking der ZKB in ihrem Ja zur sogenannten «Lex USA» bestärkt. Die Bank habe «gut, glaubwürdig, ernsthaft, klar und offen» informiert; es sei ihr gelungen, die Dringlichkeit des Ganzen darzulegen, ohne Panik zu schüren. Wegen der Verknüpfung der Banken untereinander gelte es, mit dem dringlichen Bundesgesetz einen Dominoeffekt zu verhindern, bei dem eine Bank nach der anderen unter den Druck der USA komme.

Gleichenorts wollen andere aber die Empfehlung gehört haben, das Gesetz im Parlament abzulehnen. So wurde etwa Ruedi Noser (fdp.) am «informativen» Treffen in seinem Nein bestärkt, wie auch Parteikollege Filippo Leutenegger, den die «aufschlussreiche und gute Diskussion» überzeugt hat, dass es kein Gesetz braucht. Der entstehende Kollateralschaden – weil auch andernorts Begehrligkeiten geweckt würden – wäre in seinen Augen «immens». Leutenegger stellt den Vertretern der ZKB ein gutes Zeugnis aus; sie hätten sich gut geschlagen, vor allem angesichts dessen, dass sie aus juristischen Gründen kaum etwas sagen konnten oder durften.

Auch Daniel Vischer (gp.) erachtet das Treffen als informativ; es habe ihn in seiner Position bestärkt – er wird Nein stimmen. Er habe die Ausführungen, bei denen der Blick nach vorn gerichtet und keine Vergangenheitsbewältigung betrieben worden sei, insgesamt als Entwarnung seitens der ZKB verstanden; das sei für ihn überraschend gekommen.

Was die Bankvertreter wirklich aussagen wollten, klärt ZKB-Sprecher Urs Ackermann auf Anfrage. Während die Zürcher Kantonalbank die gegenwärtigen Probleme inklusive des Bezahls einer allfälligen Busse selber lösen könne, befürworte die Bank ein Gesetz, um die Lage für alle Banken zugleich zu klären. Das Problem dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es sei beim Treffen überdies spürbar gewesen, dass Banken im Moment in Bern keine Sympathieträger seien.

Grundsätzliches erörtern

Gar nicht gut angekommen sind die Ausführungen der Verantwortlichen bei Christoph Mörgeli (svp.). Es sei viel geschwätzt und wenig gesagt worden, habe also insgesamt wenig gebracht. Überdies seien einige Fragen unbeantwortet geblieben; wie etwa jene nach der von der ZKB übernommenen Neuen Zürcher Bank. Er habe den Eindruck erhalten, dass alle lediglich ihre Haut retten wollten. Die Frage nach den Verantwortlichkeiten seien aber dringend zu stellen, und das Geschäftsmodell der Bank sei zu überprüfen. Über die Punkte würden dereinst wiederum Parlamentarier debattieren – eine Ebene weiter unten, im Zürcher Kantonsrat.